



# Newsletter SPD-Fraktion im Kreistag

September 2013 .....



## Jobtickets - der Kreis hat sie – Rödermark ebenfalls

Seit 2010 können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises ein günstiges Jobticket erwerben, das für den gesamten Kreis und die Stadt Frankfurt freie Fahrt auf Bus und Bahn ermöglicht. Die Stadt Rödermark hat für ihr Personal ebenfalls mit dem RMV einen Vertrag abgeschlossen.

Jede Kommune muss allerdings für sich dieses Angebot für ihr Personal selbst mit dem RMV verhandeln. Die Kreisverkehrsgesellschaft (KVG) mit Sitz in Dietzenbach unterstützt die Kommunen dabei.



## Kreistag tagt weiterhin vormittags

Erfolglos bemühte sich die SPD-Kreistagsfraktion wiederum um die Verlegung der Sitzungstermine des Kreistages auf den Nachmittag. Die wiederholte Kritik an den Sitzungszeiten mitten in der Arbeitszeit, die auch zu Anträgen auf den Unterbezirksparteitagen geführt hatten, wird von keiner anderen Fraktion im Kreistag geteilt.

Zunächst einmal im Jahr 2013 hatte der Kreistag probeweise nachmittags um 15:00 Uhr getagt. Die SPD-Fraktion war für einen noch späteren Beginn. Doch es war schon damals klar, dass aus dem "Probetrieb" keine Regel werden sollte. Jetzt ist es amtlich. Der Kreistag tagt weiterhin am Mittwochmorgen um 9:00 Uhr.



## Fragestunde? - Fehlanzeige!

Die Einrichtung einer Fragestunde vor der jeweiligen Sitzung des Kreistages war ein Flop. Ein Jahr lang gab es das Angebot an die Bürgerinnen und Bürger des Kreises, vor der Sitzung des Kreistages, morgens um 8:30 Uhr, Fragen an den Kreisausschuss zu stellen. Der Landrat erwartete im Kreistagsitzungssaal den Bürgeransturm. Jetzt, nach einem Jahr, wird das Angebot eingestellt. Ein einziger Bürger hat in der ersten Fragestunde den Kreisausschuss befragen wollen. Ansonsten wartete Landrat Quilling vergebens.

Zugegeben, die Zeit war nicht bürgerfreundlich, die Organisation nicht einladend, aber der "Erfolg" der Fragestunde war absehbar. Zum Einen sind alle Fraktionen des Kreistages jederzeit erreichbar, zum Anderen sind die Aufgaben des Kreises nicht so umfassend, wie z.B. die einer Kommune. Schulen, Elternvertreter oder Sozialverbände wissen, wie sie mit der Kreispolitik kommunizieren können. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Werner Müller zieht ein ernüchterndes Fazit: „Ehrlich gesagt, die Inhalte der Kreispolitik schlagen nur vereinzelt, dann aber meist heftig, hohe Wellen und das sogenannte Alltagsgeschäft reizt nur wenig zu fragen.“



## Wenn die Kläranlage absäuft, ist alles zu spät.

### Hochwasserschutz im Mainbogen: Hainburg

Die Technik der Feuerwehren und des Technische Hilfswerks (THW) ist ausreichend, Bauhof und örtliche Firmen liefern Hilfsmaterialien - doch wenn ein Hochwasser die Kläranlage Hainburg überspülen würde, wären immense Schäden die Folge, so der Orts- und Kreisbrandmeister von Hainburg, Werner Merget, bei einem Besuch der SPD-Kreistagsfraktion im Feuerwehrhaus von Hainburg/Klein-Krotzenburg.

Insgesamt zeichnete der Katastrophenexperte allerdings ein positives Bild des Hochwasserschutzes im Mainbogen zwischen Seligenstadt und Hainburg. Mainhausen sei dabei außen vor, weil es höher liege.

Allerdings, so Merget, kann man nicht jedem Hochwasser Herr werden. Es sei auch schon ein Erfolg, die Schäden zu minimieren. Die Grundlage hierfür sei eine seit 1988 geführte Datenbank, die es erlaube schon zwei Tage vorher abzuschätzen, wie sich die Hochwassersituation in Seligenstadt und Hainburg darstellen werde. „Denn so lange braucht eine Flutwelle aus dem Oberlauf des Maines, bis sie den Kreis Offenbach erreicht.“

Dann allerdings sei zielgerichtetes, gut organisiertes Handeln erforderlich. „Dafür garantieren die Führungsstruktur und die einzelnen Hilfsorganisationen, Freiwillige Feuerwehren und das THW Seligenstadt, die in den ihnen zugeteilten Abschnitten

die erprobten Maßnahmen ergreifen.“

Ohne den Einsatz der Hauseigentümer, die außerdem selbständige Hilfsmaßnahmen einleiten müssen, sei die Situation jedoch nicht zu entschärfen. Doch das funktioniere gut, sagt Werner Merget. Auch seien mitunter Hilfskräfte von außerhalb erforderlich, denn eine Hochwasserlage könne schon einmal eine Woche andauern.

Auf Nachfrage bestätigte der Feuerwehrchef, dass höhere Wälle auf beiden Seiten des Mains keine Vorteile bringen, weil dadurch die Probleme nur an einen anderen Ort verlagert würden. Zwar sei Wasser schlimmer als Feuer, trotzdem sei es nicht sinnvoll, einen 100%igen Hochwasserschutz durch technische Bauwerke anzustreben.



Mit von der Partei auch unser Bundestags- und unser Landtagskandidat, v.r.n.l.: Heinz Seipel, Ortsbrandinspektor Werner Merget, Margrit Jansen, Jens Zimmermann, Kai Gerfelder, Rolf Wenzel, Ralf Kunert, Yvonne Tesch-Klühspies, Gisela Schalenbach, Norbert Schultheis

Mergets Ausblick für die Zukunft: „Die Abstände zwischen den Hochwasserlagen werden erkennbar immer kürzer und können zu allen Jahreszeiten auftreten. Das bisher höchste gemessene



Hochwasser mit einem Pegelstand von 6,20 m über Normalpegel wird noch getoppt werden, wenn ein sogenanntes Jahrhunderthochwasser eintritt. Dann wäre ein Pegelstand bei 7,12 m über Normal zu erwarten.

Doch auch angesichts dieser drohenden Herausforderung vermittelte der langjährig erfahrene Wehrführer den Eindruck, dass man dafür in Hainburg und Seligenstadt in den planbaren Grenzen gerüstet ist. ○



### Budgets der Schulen reichen aus

Wer erinnert sich noch? Die Oppositionsparteien und einzelne Verbände schrien auf, als der Kreis, angesichts von über viele Jahre nicht genutzte Schulbudgets, diese teilweise strich und die Ansätze insgesamt verringerte. Das Rechnungsergebnis für das Jahr 2012 liefert nun eine realistische Sicht der Verhältnisse.

Die allgemeinen Mittel für den laufenden Betrieb der Schulen wurden von 25 Grundschulen vollständig verausgabt, 24 Grundschulen hatten am Ende des Jahres noch Reste, die zu 50% in das Jahr 2013 übertragen wurden.

Bei den weiterführenden Schulen haben sogar mehr als Zweidrittel ihren Ausgabenrahmen nicht ausgeschöpft (11:26).

Nicht anders sieht es bei den investiven Mittel aus, was nicht verwundert, denn die großen Einzelbrocken - Möbel, Geräte und IT-Ausstattung - müssen aus den Budgets nicht bezahlt werden. Rund dreiviertel der Schulen (67) haben den Haushaltsansatz nicht genutzt, nur 23 Schulen haben investiert. Die nicht genutzten Mittel stehen aber weiterhin zur Verfügung. Zusammenfassend beweisen die Zahlen,

die Schulen gehen sparsam mit den ihnen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung überlassenen öffentlichen Geldern um und die Mehrzahl der Schulen kommen mit den Mitteln so gut aus, dass sie nicht alles verausgaben müssen.

Fazit, so Werner Müller, Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion: „Die Mittel reichen in der Regel für einen geordneten Schulbetrieb.“ ○



### Die Biotonne kommt für alle

Das Datum steht fest und gilt für alle Kommunen. Am 1. Januar 2015 muss die Biomülltonne eingeführt sein. Die einzelnen Städte und Gemeinden entscheiden in eigener Zuständigkeit, wie der Biomüll eingesammelt werden soll und kalkulieren, wie sich die Gebühren der Müllentsorgung vor Ort dadurch verändern werden.

Den eingesammelten Müll müssen die Kommunen dann dem Kreis Offenbach zur Entsorgung überlassen, der seinerseits hierfür auch eine Gebühr erheben wird und sie den Gemeinden in Rechnung stellen muss.

Eine funktionierende Biomüllentsorgung gibt es bisher im Kreis Offenbach bereits in den Städten Rodgau und Rödermark. „In allen anderen Kommunen stehen also in den nächsten Monaten wichtige Entscheidungen an,“ erläutert Margrit Jansen, Sprecherin der SPD-Arbeitskreises Umwelt. Dabei werde es entscheidend sein, die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig gut zu informieren und mit einzubinden.



Der Kreis hat eine renommierte Beratungsgesellschaft beauftragt, ein Bio- und Grünabfallentsorgungskonzept für den Kreis Offenbach zu entwickeln. Es wird einige Monate dauern bis alle Daten erhoben sind. „Geklärt werden soll in diesem Zusammenhang auch, wie der Müll dem Kreis übergeben wird und wo er eventuell zwischengelagert und dann abtransportiert und entsorgt werden kann. Denn mit Blick auf die Kosten und die Umwelt soll der Transportaufwand so gering wie möglich gehalten werden,“ sagt Margrit Jansen. Das sei im Interesse aller.



Margrit Jansen,  
Vorsitzende des AK  
Umwelt, Energie und  
Verkehr der SPD-  
Kreistagsfraktion

Da alle Leistungen ausgeschrieben werden müssen, sind auch die rechtlichen Rahmenbedingungen genau zu beachten. Der Zeitplan sieht vor, dass vor der Sommerpause 2014 sowohl das Entsorgungskonzept steht, als auch die entsprechende Biomüllentsorgung durch den Kreistag verabschiedet ist.

Der Kreis wird auch prüfen, ob das anschließende operative Geschäft - die Organisation der Entsorgung des Biomülls - von der Rhein-Main-Abfall GmbH (RMA) erledigt werden kann, so wie dies schon jetzt beim Hausmüll geschieht. ○

**Der nächste Newsletter  
erscheint am 4.11.2013**

## **Auflösung von Förderschulen im Kreis**

Ab dem kommenden Schuljahr werden aufgrund einer Vereinbarung des Kreises Offenbach mit dem Land Hessen alle Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen nach und nach aufgelöst. In der Praxis heißt dies, die Schulen nehmen keinen neuen Schülerinnen und Schüler mehr auf und laufen damit bis zum Jahr 2018 aus. Die Lehrerinnen und Lehrer der Schulen verbleiben aber als zusätzliche Kräfte an Schulen im Kreis. ○

## **Kreistag fällt aus**

Das gab es noch nie. Eine angesetzte Sitzung des Kreistages fällt aus, weil nach den Beratungen in den Ausschüssen nur noch zwei Anträge zur Abstimmung gestanden hätten. Die Antragsteller, Bündnis90/Die Grünen, schlugen daher vor, ihre Anträge zurückzustellen und die Sitzung des Kreistages ausfallen zu lassen. Nach kurzer Beratung erklärte der Kreistagsvorsitzende Paul Scherer (CDU) so zu verfahren. ○



**Leserbriefe an:  
spd@kreis-offenbach.**